

München, 03.02.2020

## Xi Jinpings Konfuzius-Institute erhalten 350.000 Euro von Bayern

### Staatskanzleiminister Herrmann antwortet Vizepräsident Markus Rinderspacher

Die Staatsregierung hat die Konfuzius-Institute in Bayern seit 2014 mit insgesamt 344.728,01 Euro gefördert. Das Konfuzius-Institut in Nürnberg erhielt 303.048,01 Euro für Raumkosten und seit 2016 zudem für Personalausgaben. Das Konfuzius-Institut in München erhielt 2017 eine projektbezogene Förderung von 41.680 Euro. Das geht aus einem Brief von Staatskanzleiminister Florian Herrmann an Vizepräsident **Markus Rinderspacher** hervor.

Rinderspacher hatte eine präzise Antwort auf seine parlamentarische Anfrage unter Androhung einer Verfassungsklage verlangt, nachdem ihm diese von der Staatsregierung zunächst mit Verweis auf angebliche vergabe- und datenschutzrechtliche Gründe verweigert worden war. Andere ausländische Kulturinstitute wurden in den letzten Jahrzehnten von Bayern demnach hingegen nicht gefördert. Von anderen Bundesländern ist eine Bezuschussung von Konfuzius-Instituten nicht bekannt.

Rinderspacher kritisiert die Finanzunterstützung: "Wieso bezahlt Bayern für die Influencing-Zwecke der kommunistischen Partei Chinas? Der weltweite Machtausbau des chinesischen Diktators mittels beeinflussender Softpropaganda sollte nicht vom bayerischen Steuerzahler unterstützt werden", so der europapolitische Sprecher seiner Fraktion, "auch nicht die Bespitzelung chinesischer Studierender in Deutschland."

Die Universität Düsseldorf stoppte im Januar 2020 die Kooperation mit dem Konfuzius-Institut wegen Propaganda-Verdachts. Der Vertrag sei auch deshalb nicht verlängert worden, da die Hochschulleitung nicht ausschließen konnte, dass die chinesische Staatsdoktrin Einfluss auf die Arbeit des Instituts nehme, heißt es in einem Bericht, den die zuständige Wissenschaftsministerin dem nordrhein-westfälischen Landtag vorlegte.

In einem umfassenden Berichtsantrag will Rinderspacher nun unter anderem wissen:

- Wie kann die Staatsregierung eine Beteiligung der Konfuzius-Institute an Industrie- und Militärsplionage in Bayern ausschließen?
- Wie kann die Staatsregierung eine Beteiligung der Konfuzius-Institute an der Überwachung chinesischer Studierender in Bayern ausschließen?

- Wie kann die Staatsregierung eine Propagandatätigkeit des kommunistisch-repressiven System der Volksrepublik China durch ihre Konfuzius-Institute in Bayern ausschließen?
- Wie kann die Staatsregierung eine Beteiligung der Konfuzius-Institute an einer wahrheitswidrigen Kommunikation mit Blick auf die eklatanten Menschenrechtsverletzungen der Volksrepublik China beispielsweise gegenüber den Tibetern oder Falun Gong ausschließen?
- Wie kann die Staatsregierung eine Beteiligung der Konfuzius-Institute an repressiver Kommunikation mit Blick auf die Legitimität der demokratischen Verfasstheit Taiwans oder mit Focus auf die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Hongkong ausschließen?

#### Hintergrund:

Die Konfuzius-Institute weltweit unterstehen dem zentralen Propaganda-Department "Hanban" der kommunistischen Partei Chinas. Laut Bundesregierung wachen die Kommunistische Partei Chinas und die chinesischen Sicherheitsorgane darüber, "dass wissenschaftliche Publikationen und Äußerungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit der offiziellen Linie des 'Sozialismus chinesischer Prägung in der Neuen Ära' in Übereinstimmung stehen, wie es in der Antwort auf eine Bundestagsanfrage heisst. Die Durchsetzung der Parteilinie habe sich in allen Feldern, auch im Bereich der Wissenschaftsfreiheit in China, seit 2015 verschärft". Der Bundesregierung liegen demnach auch Erkenntnisse vor, wonach chinesische Behörden versuchen, "sowohl chinesische Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland als auch deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die zu China forschen, in ihrem Handeln zu beeinflussen."

In Kanada, den USA, Schweden, Dänemark, Frankreich und in den Niederlanden haben mehrere Universitäten ihre Institute geschlossen. Vor dem Hintergrund von Spionage-Spekulationen hat Belgien den Leiter des Brüsseler Konfuzius-Instituts des Landes verwiesen. Ihm wurde zudem für acht Jahre der Aufenthalt in allen 26 Schengen-Staaten untersagt.